

Die höchstrichterliche Rechtsprechung zur nachträglichen Sicherungsverwahrung nach § 66 b StGB

Bernd Stolzenwald

Kriminalpolitik und Umsetzung in der Praxis, das sind zwei Arenen mit unterschiedlicher Logik. Daher soll ein kurzer Überblick demonstrieren, dass symbolische Politik auf verschlungenen Umwegen zumindest ein wenig korrigiert wird. Auch in diesem Jahr hat sich der BGH erneut mit der nachträglichen Sicherungsverwahrung beschäftigt, dabei ist er seinem Kurs gefolgt, den er bereits in den letzten Jahren eingeschlagen hatte¹. Er hält den Anwendungsbereich der nachträglichen Sicherungsverwahrung weiterhin eng begrenzt. Der BGH spricht dabei von „Extremfällen“, denen der § 66b StGB vorbehalten bleiben sollte². Damit tritt er dem Versuch entgegen, den § 66b StGB zu einer Reparaturwerkstatt für unzureichende Strafurteile zu machen.

Er präzisiert und verengt dazu das Kriterium der „neuen Tatsachen“ weiter³. So erstreckt sich der Vorrang des Erkenntnisverfahrens und damit der primären Sicherungsverwahrung auch auf rechtskräftige Nichteröffnungen der Hauptverhandlung⁴, auf Prozessurteile und auch auf fehlerhafte Entscheidungen im Erkenntnisverfahren⁵. Auch das Merkmal der „hohen Wahrscheinlichkeit neuer erheblicher Straftaten“ wird vom BGH von einer Prognose über eine zukünftige Gefahr zu einer akuten „erheblichen gegenwärtigen Gefahr“ umgedeutet⁶. Auf der anderen Seite lässt der BGH, der Absicht des Gesetzgebers folgend, aber dennoch zu, dass der § 66b I 2 StGB dazu genutzt wird, die Sicherungsverwahrung dort nachträglich zu verhängen, wo sie zum Zeitpunkt der Verurteilung rechtlich noch nicht zulässig gewesen wäre. Es verneint damit auch die verfassungsrechtlichen Bedenken, die darin einen Verstoß gegen das Doppelbestrafungs- und Rückwirkungsverbot sehen⁷.

Zu § 66 a StGB vorbehaltene Sicherungsverwahrung

Auch zum § 66 a StGB hat sich der BGH unlängst geäußert, als er die Sechsmonatsfrist zur Beurteilung der Gefährlichkeit, die in § 66 a Abs. 2 StGB festgeschrieben ist, bestärkte, indem er eine Anordnung der Sicherungsverwahrung, die diese Frist überschritt aufhob⁸.

Damit unterband er die Übertragung der bei § 66 b StGB gepflegte Praxis, den Inhaftierten unbefristet in Haft zu halten, bis das Gutachten über die Gefährlichkeit erstellt ist. Diese Praxis führt regelmäßig, auch bei im Sinne der §§ 66ff StGB nicht gefährlichen Straftätern, zu Haftverlängerungen über die verhängte Haftstrafe hinaus.

Mit dieser Entscheidung löste der BGH eine Bundesratsinitiative des Justizministers Schleswig-Holsteins aus, die zum Ziel hat die bindende materielle Sechsmonatsfrist durch eine „flexiblere“ Formvorschrift zu ersetzen⁹. Angesichts der beim § 66 b StGB geübten Praxis der informellen Strafverlängerung lässt diese Initiative, der als Begründung geäußerten hehren Gründe zum Trotz, tief blicken.

Fußnoten:

- 1 Siehe unter anderem: BGHSt 50, 121ff; 50, 180ff; 50, 284ff; 50 373ff.
- 2 BGH NJW-Spezial 2008 (312) 312.
- 3 BGH NJW-Spezial 2008 (537) 537.
- 4 BGH NJW-Spezial 2008 (376) 376.
- 5 BGH NSrZ 2008 (332) 332f.
- 6 NStZ-RR 2008 (40) 40f.
- 7 BGH NJW 2008 (1682) 1683.
- 8 StraFo 2007, 514f.
- 9 BR-Drs.: 657/08 S. 2.

Vorschau:

Heft 1/2009 erscheint im März 2009 und behandelt das Thema:

Langstrafenvollzug